



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Oberamtspersonenkonferenz des Kantons Freiburg
c/o Oberamt des Broyebezirks, Chemin du Donjon 1, 1470 Estavayer-le-Lac

Conférence des préfets du canton de Fribourg
Oberamtspersonenkonferenz des Kantons Freiburg

c/o Oberamt des Broyebezirks
Chemin du Donjon 1, 1470 Estavayer-le-Lac

T +41 26 305 91 20, F +41 26 305 91 21
www.broye.ch

An die bei der Staatskanzlei akkreditierten
Medien

Estavayer-le-Lac, den 7. Mai 2024

Pressemitteilung

Eine starke Unterstützung für die Gemeinden

Die Oberamtspersonenkonferenz führte heute Morgen ihre jährliche Pressekonferenz durch. Dabei stand die Unterstützung der Gemeinden im Mittelpunkt.

Die Komplexität der Dossiers und die hohe Arbeitsbelastung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, von denen die Mehrheit Milizarbeit leistet, führen regelmässig dazu, dass sich die Gemeinden an die Oberämter wenden, um Unterstützung bei der Bearbeitung ihrer Dossiers zu erhalten.

«Unsere Türe steht für den Austausch mit den Gemeindebehörden stets offen», unterstrich Nicolas Kilchoer, Präsident der Oberamtspersonenkonferenz, bei seiner Präsentation. Damit werden die Oberämter ihrer Rolle als bürgernahe Behörden vollumfänglich gerecht.

Der Oberamtmann des Broyebezirks betonte die Partnerschaft zwischen den Oberamtspersonen, ihren Teams und den Personen, die in den Gemeinden im Milizsystem tätig sind. «Parallel zu unserer Aufsichtsfunktion haben wir auch einen Beratungs- und Unterstützungsauftrag.»

Die Unterstützung der Oberämter betrifft sehr unterschiedliche Dossiers: Organisation von Wahlen und Abstimmungen, Durchführung von Versammlungen, Verwaltung der Gemeinden und Beziehungen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Oberämter spielen zudem eine Rolle bei der Aufsicht über die Gemeinden, die ihnen vom [Gesetz über die Gemeinden](#) übertragen wird.

«Art. 146 Behörden - Oberamtmann

¹ Der Oberamtmann ist für die allgemeine Aufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände zuständig.

² Der Oberamtmann wacht darüber, dass die Gemeinden und die Gemeindeverbände seines Bezirks gut verwaltet werden. Er berät und unterstützt sie. Er sorgt für ein speditives Vorgehen.»

Ein grosser Handlungsspielraum

Bei den Unterstützungs- und Aufsichtsaufgaben haben die Oberämter einen grossen Handlungsspielraum, wie die anwesenden Oberamtspersonen heute Morgen bestätigten. Auf der Grundlage ihrer Analysen können sie auf die Gemeinden zugeschnittene Massnahmen ergreifen, die von der Schulung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte oder Gemeindeverwaltungen über das

Mentoring bis hin zum Prozess der Administrativuntersuchung reichen. Dieser Handlungsspielraum und das dafür notwendige Feingefühl nehmen viel Zeit in Anspruch.

«Wir ziehen es bei weitem vor, die Gemeinden im Vorfeld zu unterstützen, anstatt Untersuchungen einzuleiten», meint Nicolas Kilchoer. «Dies ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit, der jedoch informellen Charakter hat und kaum sichtbar ist. Wenn wir von einer Gemeindebehörde verständigt werden oder wenn wir Probleme feststellen, tauschen wir uns mit den Behörden aus, führen Gespräche, besuchen Ratsitzungen...»

Wenn keiner dieser informellen Schritte zum Ziel führt, aktivieren die Oberämter das rechtliche Instrumentarium. Gegen aussen ist dies der sichtbarste Teil der Arbeit, da er in den Medien viel Beachtung findet.

Die erste Etappe besteht in einer Voruntersuchung, um den Sachverhalt zu klären, die notwendigen Fragen zu stellen und eine Bestandesaufnahme zu machen. «Wenn diese Voruntersuchung zeigt, dass wir weitere Nachforschungen anstellen müssen, leiten wir eine Administrativuntersuchung ein.» In den Augen der anwesenden Oberamtspersonen ist die Voruntersuchung ein wichtiges Instrument, um nicht systematisch auf die Administrativuntersuchung als letztes Mittel zurückgreifen zu müssen.

Nach Abschluss der Administrativuntersuchung können die Oberamtspersonen die folgenden Massnahmen ergreifen: Verwarnung, Weiterleitung der Akten an die Staatsanwaltschaft, Massnahmen zur Reorganisation des Gemeinderates und Weiterleitung der Akten an den Staatsrat. Dieser kann seinerseits ein Mitglied des Gemeinderats des Amtes entheben oder die Führung der Gemeindegeschäfte einer Verwaltungskommission übertragen - Entmündigung.

Der Präsident der Oberamtspersonenkonferenz erinnerte ausserdem daran, dass die Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten, die Vorsitzenden der Generalräte oder Gemeindeverbände über die gleichen Befugnisse verfügen wie die Oberamtspersonen und Voruntersuchungen oder Administrativuntersuchungen einleiten können.

Seine Worte veranschaulichte der Präsident der Oberamtspersonenkonferenz mit zwei Fällen, mit denen er es im Oberamt des Broyebezirks direkt zu tun hat: die Fälle von Gletterens und Estavayer-le-Lac.

Die Unterstützung und die Aufsicht der Gemeinden stellen für die Oberämter eine hohe Arbeitsbelastung dar. Die Oberamtspersonen verfolgen deshalb aufmerksam die laufenden Arbeiten zur Revision des Gesetzes über die Gemeinden, in der Hoffnung, dass der Staat neue Werkzeuge vorsieht, um ihre Arbeit bei der Aufsicht über die Gemeinden, aber auch über die Gemeindeverbände zu fördern, die sehr komplex ist: Je nach Statuten sind die Oberamtspersonen häufig Mitglied bzw. Präsidentin oder Präsident dieser Verbände.

Im letzten Teil seines Beitrags präsentierte der Präsident der Oberamtspersonenkonferenz kurz die [wichtigen Ereignisse und Kennzahlen des Jahres 2023](#) sowie die kantonalen Dossiers, die die Oberamtspersonen im Jahr 2023 beschäftigt haben (siehe Anhang). Im Anschluss konnten die Journalistinnen und Journalisten in bilateralen Gesprächen mit den Oberamtspersonen die Diskussion über aktuelle Dossiers, die ihren jeweiligen Bezirk betreffen, fortsetzen.

Kontakt

– Nicolas Kilchoer, Präsident der Oberamtspersonenkonferenz, T +41 26 305 91 20

Anhang – Wichtige Ereignisse der Oberamtspersonenkonferenz

Bereits das Jahr 2022 war durch den **Krieg in der Ukraine** geprägt. Dieser hatte im Zusammenhang mit dem Zustrom von ukrainischen Flüchtlingen und der Suche nach Räumlichkeiten für die GSD teilweise auch Auswirkungen auf die Tätigkeiten der Oberämter im Jahr 2023.

Die Oberamtspersonenkonferenz weist zudem auf die Überlegungen zur **Reform der Governance der Regionen** hin, die seit 2020 im Gange sind.

Im Bereich Personal passten die Oberamtspersonen die Personalausstattung der Oberämter weiter an und berücksichtigten dabei die Entwicklung und Komplexität der Dossiers sowie die **Aufwertung der Funktion der Vizeoberamtsperson**, die am 1. Januar 2024 zustande kam.

Im Laufe des Jahres 2023 traf sich die Oberamtspersonenkonferenz mit **mehreren Direktionen des Staates und Partnern**, insbesondere mit dem Freiburger Gemeindeverband (FGV), der Kantonspolizei, dem Amt für Personal und Organisation (POA), Innoreg und den Regionaldirektoren sowie den Vereinen «les Amis d'Olivier» (AdO) und REPER (Smart Event).

Wie jedes Jahr nahm die Oberamtspersonenkonferenz 2023 Stellung zu verschiedenen **Vernehmlassungen**. So hat sie sich zu mehreren Änderungen von kantonalen Gesetzen und Reglementen geäußert, insbesondere zur Totalrevision der Verordnung über den E-Government-Schalter (E-GovSchV), die in die Verordnung über den virtuellen Schalter (VSV) umgewandelt wurde, zum Entwurf eines Reglements über Schadstoffe in der bebauten Umwelt, zum Sachplan Trinkwasserinfrastrukturen (STWI), zum Gesetz über den Bevölkerungsschutz (BevSG), zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetz (RPBG) und des dazugehörigen Reglements (RPBR).

In Bezug auf die verschiedenen Direktionen des Staates heben die Oberamtspersonen folgende Punkte hervor:

BKAD

Die Dienste der Oberamtfrau und der Oberamt männer wurden aufgrund ihres Engagements in den Orientierungsschulen (*OS*) im Zusammenhang mit der allgemeinen Organisation der Schulen in Anspruch genommen. Im Rahmen der **Revision des Gesetzes über die kulturellen Angelegenheiten** (KAG) und des dazugehörigen Reglements (KAR) wurden mehrere Workshops organisiert, zu denen auch die Oberamtspersonen eingeladen wurden. Zudem wurde ein Lenkungsausschuss eingesetzt, an dem auch die Oberamtspersonenkonferenz aktiv beteiligt ist.

SJSD

Die Oberamtspersonen engagieren sich weiterhin in verschiedenen Arbeitsgruppen im Bereich der öffentlichen Gaststätten und Veranstaltungen in ihrem jeweiligen Bezirk sowie für die Förderung des Labels Smart Event und/oder ähnliche Aktionen usw. Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Organisation von **Lottos mit Barpreisen** wurde ein Rahmen ausgearbeitet, um die Organisation solcher Veranstaltungen zu ermöglichen. 2023 wurden die Vorschriften zu Lottos mit Gutscheinepreisen überarbeitet, damit sie den Bundesvorschriften entsprechen. Als Reaktion auf die Zunahme von **illegalen Veranstaltungen/Partys** im Kanton wurde 2023 eine Arbeitsgruppe gebildet. Das Ziel der Arbeitsgruppe ist, eingehende Überlegungen im Hinblick auf eine Verstärkung der kantonalen Gesetzgebung im Bereich Veranstaltungen zu lancieren. Was die stetig zunehmenden **Strafbefehle** betrifft, wurden die Diskussionen über eine Vereinfachung der Rechnungsstellung zwischen den Oberämtern und der Gendarmerie 2023 fortgesetzt und führten zu einem positiven Ergebnis.

ILFD

Das Personal der Oberämter wurde erneut für die Koordination und den Vollzug von gesetzlichen Aufgaben bei verschiedenen kommunalen, kantonalen und eidgenössischen **Urnengängen** in Anspruch genommen. Auf **Gemeindeebene** sahen sich die Oberamtspersonen veranlasst, besondere Massnahmen gegenüber mehreren Gemeindeexekutiven zu ergreifen. Darüber hinaus inspizierten sie mehrere Gemeindeverwaltungen, beschäftigten sich mit mehreren Gemeindefusionsprojekten und vereidigten zahlreiche Gemeinde- und Generalräte. Die Oberämter sind insbesondere an der **Totalrevision des Gesetzes über die Gemeinden** beteiligt, die 2022 lanciert wurde. 2023 haben die Oberamtspersonen mehrere Anpassungen dieses Gesetzes vorgeschlagen.

VWBD

Die Oberamtspersonen waren weiterhin an den Koordinationstätigkeiten von **Innoreg FR** beteiligt. Im Zusammenhang mit der **regionalen Entwicklung** wirken die Oberamtspersonen auch an der Tourismusförderung ihrer Region mit, müssen die regionalen Organisationen an das neue Gesetz anpassen und mit den verschiedenen Akteuren in diesem Sektor zusammenarbeiten.

GSD

Die Oberamtfrau und die Oberamt männer haben sich weiterhin an der Umsetzung des kantonalen Konzepts **Senior+** und der Bildung von sozialmedizinischen Netzen in den Bezirken beteiligt. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass die GSD der AsFam eine Bewilligung zur Ausübung ihrer Tätigkeit im Kanton Freiburg erteilt hat. Das hat sie dazu veranlasst, aufgrund der Problematik der möglichen Kumulation der **Pauschalentschädigungen** und des Gehalts von **pflegenden Angehörigen** in den Bezirken eine Änderung der Reglemente vorzuschlagen. Die Oberamtspersonen sind besorgt über den Anstieg der **Kosten auf Ebene der Pflegeheime** und über die Indexierung der Kosten. Sie sprachen sich für eine Totalrevision des Gesetzes über die Pauschalentschädigung aus und verpflichteten sich, auf die Entwicklung der Bedürfnisse infolge des Bevölkerungswachstums zu reagieren.

FIND

In Zusammenhang mit der **Hundesteuer** ist der Prozess für die Rechnungsstellung und Nachverfolgung mit Entlastung der Oberämter im Gange. Die Diskussionen zur Möglichkeit, das **Patent K** über den virtuellen Schalter auszustellen, wurden weitergeführt.

RIMU

Die Oberamtspersonen haben an den **regionalen Richtplänen** mitgewirkt. Dabei wiesen sie auf die Einschränkungen und Begrenzungen bei der Zonennutzung hin, die mit der langfristigen Fixierung der regionalen Richtpläne zusammenhängen. Das Programm **FRIAC** ist zwar zufriedenstellend, muss aber noch weiterentwickelt werden, um den Bedürfnissen der Gemeinden und Oberämter besser gerecht zu werden. Schliesslich wurden die Sitzungen zwischen den Vertretern des BRPA und der Oberämter fortgesetzt, mit dem Ziel, die Behandlung der **Baugesuche** zu vereinheitlichen.